



## **„Es gibt gute Gründe, zur Wahl zu gehen“**

### **Anforderungen des Deutschen Frauenrates an eine zukünftige Politik**

Im September 2005 wird voraussichtlich ein neuer Bundestag gewählt.

Demokratie lebt von der Einmischung des Soveräns – deshalb hofft der Vorstand, dass viele Frauen sich in die vor uns liegenden Debatten einbringen. Wie unsere Gesellschaft auf Dauer aussieht, ob sie für die anstehenden Probleme zukunftsweisende Lösungen findet, ob sie die Vielfalt der Meinungen als Herausforderung und Chance begreift, ob die unterschiedlichen Sichtweisen von Frauen und Männern berücksichtigt werden – all dies wird nicht zuletzt davon abhängen, dass viele sich einmischen und auch so ihre Verantwortung für unsere Demokratie wahrnehmen.

Der Vorstand des DEUTSCHEN FRAUENRATES stellt seine Forderungen an eine zukünftige Politik seinen Mitgliedsorganisationen und deren Mitgliedern zur Verfügung, damit sie im Wahlkampf die Ziele von Parteien kritisch überprüfen können.

Der DEUTSCHE FRAUENRAT fordert, dass für Frauenpolitik eigenständige Strukturen erhalten bleiben und Frauenpolitik nicht unter Familienpolitik subsumiert wird. Frauen nur noch in ihrer Familienrolle zu sehen, ist diskriminierend und nicht zeitgemäß. Zahlreiche Untersuchungen belegen zudem, dass dies den Vorstellungen und Lebensplanungen vieler Frauen widerspricht.

Seit geraumer Zeit aber werden in Bundesländern Frauenministerien bzw. die Frauenabteilungen in den jeweiligen Ministerien aufgelöst und in vielen Kommunen die Gleichstellungsbüros geschlossen. Entweder fallen sie der angespannten Haushaltslage zum Opfer oder die Abschaffung wird mit dem Argument: „Wir setzen Gender Mainstreaming (GM) um“ begründet. Dabei fehlt meistens ein Konzept, das eine planvolle Umsetzung des GM erlaubt. Festzuhalten ist, dass trotz aller (grund-)gesetzlicher Regelung die Gleichstellung von Frauen und Männern noch nicht erreicht ist; nach wie vor besteht in allen Politikfeldern entsprechender Handlungsbedarf. Mit anderen Worten: Die Demokratie in der Bundesrepublik ist noch unfertig – weil nach wie vor die Beteiligung von Frauen an Entscheidungen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft ungleich geringer ist als die von Männern.

Vor diesem Hintergrund fordert der DEUTSCHE FRAUENRAT den Erhalt bzw. die Wiederherstellung eigenständiger Strukturen zur Interessenvertretung von Frauen. Frauen- und Gleichstellungsministerinnen und/oder entsprechende Abteilungen in anderen Fachministerien bleiben notwendig, solange eine wirkliche Gleichstellung von Frauen und Männern nicht erreicht ist.

Mit Blick auf den Arbeitsmarkt stellt der DEUTSCHE FRAUENRAT fest, dass das Leben der Menschen zunehmend und nahezu ausschließlich von der Logik der Erwerbsarbeit bestimmt wird. Verpflichtungen aus dem privaten / persönlichen Leben, z.B. das Aufziehen von Kindern oder die Unterstützung pflegebedürftiger Angehöriger, finden in der Erwerbsarbeit z.B. durch flexibilisierte Arbeitszeiten keine Berücksichtigung. Es herrscht ein gesellschaftliches Klima, in dem derartige persönliche Anliegen aus Angst, bestimmte Aufstiegschancen nicht zu bekommen oder gar erwerbslos zu werden, nicht geäußert werden.

Der DEUTSCHE FRAUENRAT erwartet, dass Politikerinnen und Politiker im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun, damit eine Flexibilisierung der Arbeitszeit nach den Bedürfnissen von Frauen und Männern mit und ohne Kinder möglich wird.

### **1. Antidiskriminierungspolitik**

Der DEUTSCHE FRAUENRAT tritt für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft ein und fordert deshalb, dass Bundestag und Bundesregierung die EU-Antidiskriminierungsrichtlinien zügig umsetzen.

Der DEUTSCHE FRAUENRAT fordert:

- Ein eigenständiges Antidiskriminierungsgesetz muss mit einem horizontalen Ansatz für alle Diskriminierungsmerkmale gelten und Regelungen für den zivilrechtlichen, den arbeitsrechtlichen und sozialrechtlichen Bereich schaffen
- Eine nach den Vorgaben der EU-Richtlinien zu schaffende Antidiskriminierungsstelle sollte ebenfalls für alle Diskriminierungsmerkmale zuständig sein. Damit diese Stelle ihre umfassenden Aufgaben wie Datensammlungen, Durchführung entsprechender Untersuchungen, Öffentlichkeitsarbeit usw. wahrnehmen kann, müssen ihr Unabhängigkeit garantiert und entsprechende Kompetenzen zuerkannt werden. Sie muss sowohl sachlich als auch personell angemessen ausgestattet werden.
- Für Verbände, die ihrer Satzung gemäß Diskriminierungen wegen der in den Richtlinien genannten Gründe bekämpfen und für die Gleichstellung diskriminierter Personen oder Gruppen eintreten, muss ein Recht zur Verbandsklage vorgesehen werden.

### **2. Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit**

Die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbsarbeit ist – trotz aller gesellschaftlicher Veränderung – vor allem für Frauen immer noch ein Problem. Damit Frauen und Männer ihrem Wunsch nach einer Familie und einer eigenständigen Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit nachkommen können, müssen die Rahmenbedingungen für Familien verbessert werden. Der quantitative und qualitative Ausbau von Tageseinrichtungen für Kinder und Jugendliche ist aber auch notwendig im Hinblick auf die kognitive, emotionale und soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, die zunehmend als Einzelkinder aufwachsen.

Der DEUTSCHE FRAUENRAT fordert:

- Für alle Mädchen und Jungen unter drei Jahren muss ein Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung in einer Kindertageseinrichtung gesichert werden.
- Für alle Mädchen und Jungen von 0 bis 14 Jahren muss ein gesetzlicher Anspruch nicht nur auf eine bedarfsgerechte Betreuung, sondern auch auf ein Bildungsangebot auf höchstem Qualitätsniveau verankert werden. Dazu gehören nicht nur ganztägige und bedarfsgerechte Öffnungszeiten von Einrichtungen, altersangemessene Gruppengrößen und pädagogische Konzepte, sondern insbesondere auch die qualitativ hochwertige Aus- und Fortbildung der ErzieherInnen.
- Die Verantwortlichen im Bund und in den Ländern sind aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern optimiert, zeitgemäß und einheitlich gestaltet wird.

### **3. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik**

Der Ausweg aus der Krise des Sozialstaates wird fast ausschließlich in der Reform der Arbeitsmärkte gesehen. Gleichzeitig wird die Erwerbsarbeit zum immer knapperen und damit umkämpfteren Gut. Alles dreht sich nur noch um sie, nicht mehr um deren Sinnhaftigkeit oder Qualität. Doch Jobs um jeden Preis können nicht das Ziel sein. Der DEUTSCHE FRAUENRAT lehnt eine solche Prioritätensetzung entschieden ab. Mit Sorge verfolgt er den Verdrängungswettbewerb auf den Arbeitsmärkten und die staatliche Administration der Erwerbslosigkeit, die das Geschlechterverhältnis erneut zu Ungunsten von Frauen, der traditionellen „Reservearmee“, verschiebt. Diese Entwicklung ist fatal, weil dadurch die Lebensrisiken individualisiert und der soziale Zusammenhalt und Frieden massiv gefährdet werden. Soziale und Geschlechtergerechtigkeit aber sind die obersten Ziele des DEUTSCHEN FRAUENRATES.

Der DEUTSCHE FRAUENRAT fordert:

- Das Recht auf ein individuelles, existenzsicherndes Erwerbseinkommen für alle, unabhängig von ihren Lebensformen: Maßnahmen, wie die Ausweitung des Niedriglohnsektors und die wachsende Abhängigkeit von Partner oder Partnerin, z.B. durch die verschärfte Anrechnung des Partnereinkommens beim Bezug von Transferleistungen, stehen diesem Recht entgegen.
- Die gerechte Verteilung der gesellschaftlich notwendigen und wünschenswerten Arbeit auf alle, statt der Arbeitsverdichtung und der Erhöhung von Arbeitszeit und Renteneintrittsalter für ArbeitsplatzinhaberInnen.
- Die Verpflichtung zur raschen (Wieder-)Eingliederung von Erwerblosen - mit und ohne Leistungsansprüche und aller Altersgruppen - in Arbeitszusammenhänge statt der dauerhaften staatlichen Alimentierung sozial Ausgegrenzter.
- Eine effektive, zeitnahe und personenbezogene Arbeitsvermittlung statt bürokratischer und langwieriger Verfahren.
- Die Verpflichtung der privaten Wirtschaft zur Gleichstellung von Frauen und Männern statt freiwilliger und unverbindlicher Vereinbarungen.

#### 4. Steuerpolitik

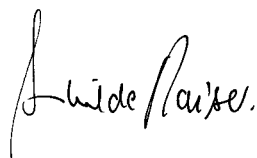
Steuern sind ein Mittel, mit dem Veränderungsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft beeinflusst werden. So werden z. B. bestimmte Lebensformen durch steuerrechtliche Regelungen privilegiert.

Vor diesem Hintergrund tritt der DEUTSCHE FRAUENRAT für eine sachgerechte, d.h. mit den Regelungen des Unterhaltsrechts und des Sozialversicherungsrechts harmonisierte sowie den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen in einem gewandelten gesellschaftlichen Umfeld angepasste Besteuerung der Familien ein. Familien sind zu fördern.

Der DEUTSCHE FRAUENRAT fordert:

- Die obligatorische Individualbesteuerung mit ausreichend bemessenen Freibeträgen für alle unterhaltsberechtigten Familienmitglieder.. Alle Kinder sollten der Gesellschaft gleich viel wert sein.
- Die Schaffung von Anreizen zur eigenverantwortlichen Existenzsicherung für beide Ehegatten – statt durch „Zusammenveranlagung“ und Splittingvorteil die Nichterwerbstätigkeit bzw. den „Hinzuerdienst“ zu fördern.
- Eine **echte Familienförderung** durch die angemessene steuerliche Berücksichtigung von Kindern.
- Ein System, welches **Alleinerziehende** nicht schlechter stellt als Familien mit miteinander verheirateten Eltern.

Berlin, 15. Juli 2005



Brunhilde Raiser  
Vorsitzende